

19. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

### **Senatsbeauftragte\*n gegen antimuslimischen Rassismus einsetzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine\*n Beauftragte\*n zu Antimuslimischem Rassismus zu berufen. Dies ist notwendig, um koordiniert und kooperativ Lücken im Schutz vor antimuslimischen Diskriminierungen in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden, Schulen, Universitäten, aber auch in den Medien zu schließen sowie strukturellen Benachteiligungen in gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie etwa im Berufsleben und am Arbeitsplatz oder auf dem Wohnungsmarkt vorzubeugen. Stellenprofil und Aufgaben sollen eng in einem gemeinsamen Prozess mit der Expert\*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“ und weiteren wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen erarbeitet werden. Auch bei der Auswahl sollen diese einbezogen werden. Die Beauftragtenstelle wird ausgeschrieben. Sie soll bei der für Antidiskriminierung zuständigen Senatsverwaltung angesiedelt sein.

Die\*der Beauftragte hat zugleich Status und Geschäftsausstattung zu erhalten, die es ermöglichen, ein Lagebild über antimuslimisch-rassistische Tendenzen in Polizei und Verfassungsschutz zu erstellen. Ziel ist die Ableitung eines tragfähigen Handlungskonzepts zur Früherkennung und effektiven Entgegnung antimuslimisch-rassistischer Einstellungen und Handlungen sowie zur nachhaltigen Rassismusprävention in den Berliner Sicherheits- und Verwaltungsbehörden. Der\*die Beauftragte arbeitet eng mit der Expert\*innenkommission zusammen, vernetzt die maßgeblichen Akteur\*innen im Bereich der Rassismusprävention, stärkt die Empowermentarbeit gegen antimuslimischen Rassismus und initiiert Kampagnen, Präventions- und Aufklärungsarbeit in die Mehrheitsgesellschaft.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. November 2024 zu berichten.

### ***Begründung***

Das Lagebild in Bezug auf antimuslimischen Rassismus in Berlin zeigt eine besorgniserregende Zunahme von Diskriminierungs- und Gewaltvorfällen gegen muslimisch gelesene Menschen. Besonders häufig sind verbale und physische Angriffe, die vor allem in öffentlichen Räumen stattfinden. Frauen, die Kopftuch tragen, sind überproportional von diesen Übergriffen betroffen. Zudem wird in sozialen Medien eine verstärkte Verbreitung islamfeindlicher Inhalte beobachtet, was das gesellschaftliche Klima weiter verschärft.

Die Einrichtung einer Beauftragtenstelle ergänzt zudem die Handlungsempfehlungen der Expert\*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“, die dem Senat im September 2022 übergeben wurden, und zu deren Umsetzung sich die Senatorin für Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Senats Wegner bekannt hat.

Um jenseits der thematischen Zuständigkeit eines Ressorts den Querschnittscharakter des Problems zu betonen, ist Wert auf eine\*n Senatsbeauftragte\*n mit umfassenden Kompetenzen zu legen – im Gegensatz zum grassierenden Trend des Senats, Stabsstellen oder ohnehin (teil-)zuständige Dienstkräfte mit einem klangvollen Titel zu versehen. Letzteres ist oft unbefriedigend, sowohl für die engagierten Dienstkräfte als auch für die vom jeweiligen Problem betroffenen Menschen.

Berlin, den 25. Juni 2024

Jarasch      Graf      Bozkurt      Walter  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm      Schulze      Eralp  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke